

SPD – Fraktion im Gemeinderat Iffeldorf

Herrn Bürgermeister
Hubert Kroiß
Hofmark 9
82393 Iffeldorf

Iffeldorf, 20. März 2015

Erster Bürgermeister Hubert Kroiß
Mitglieder des Gemeinderates Iffeldorf

Antrag zur Gemeinderatssitzung

Vorgang „Beschluss zur Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP)“

Uns Mitgliedern der SPD-Fraktion des Gemeinderates Iffeldorf bereitet das, in geheimen, nicht-öffentlichen Verhandlungen befindliche TTIP-Abkommen hinsichtlich möglicher negativer Auswirkungen auch auf kleine Gemeinden, wie Iffeldorf, große Sorgen.

So ermöglicht das TTIP, mit den darin geplanten „Investitionsschutzregelungen“, Klagen von ausländischen Investoren gegen Städte und Gemeinden, welche nicht von einem ordentlichen deutschen Gericht, sondern von einem nicht-öffentlichen Schiedsgericht entschieden werden und gegen dessen Urteil keine Revision mehr möglich ist. Dies bedeutet ein Aushebeln unseres staatlichen Rechtssystems und das Errichten einer völlig unnötigen „Paralleljustiz“, welche die Macht des Staates vermindert und die Einflussmöglichkeiten global agierender Konzerne zum Nachteil der Gemeinden erweitert.

Sorgen bereitet uns zudem, dass gemäß TTIP-Entwurf bei der Auftragsvergabe der Gemeinde ab gewissen Summen die Aufträge auch transatlantisch ausgeschrieben werden müssten. Dies könnte für die ortsansässigen Handwerker und Betriebe gravierende Nachteile mit sich bringen und die Bemühungen der Gemeinde die regionale Wertschöpfung zu fördern untergraben.

Ferner droht mit dem TTIP auch eine Privatisierung von kommunalen Dienstleistungen der Daseinsvorsorge wie, z. B. der Wasserversorgung, der Energieversorgung, sowie von Gesundheits- und Bildungsleistungen. Diese Privatisierung könnte von Konzernen auch gegen den Willen der Gemeinden und zum Nachteil von deren Bürgern durchgesetzt werden. Die Gemeinden werden aufgrund ihrer begrenzten finanziellen Mittel kaum in der Lage sein einen etwaigen Rechtsstreit erfolgreich durchzustehen.

Insgesamt würde die Ratifizierung des TTIP in der momentan vorliegenden Form den Handlungsspielraum der Gemeinden deutlich einschränken. Zudem würde sich das Risiko, von ausländischen Investoren bei „Gewinnminderung“ durch Entscheidungen der Gemeinde (z.B. für regionale Selbständigkeit und regionale Wertschöpfung oder für den Schutz der Umwelt) auf Schadensersatz verklagt zu werden, enorm erhöhen.

Um möglichen künftigen Schaden von der Gemeinde Iffeldorf abzuwenden und die Selbstbestimmung und Organisationsfreiheit der Gemeinde zu erhalten, müssen diese kritischen Punkte in weiteren Nachverhandlungen zum TTIP zwingend geklärt und korrigiert werden.

Um der Forderung nach weiteren Nachverhandlungen durch unsere politischen Vertreter im Bundestag und Bundesrat sowie im Europäischen Parlament Nachdruck zu verleihen, stellen wir den Antrag, dass die Mitglieder des Gemeinderates Iffeldorfs den beigefügten Beschluss gemeinsam fassen.

Die SPD-Fraktion im Gemeinderat Iffeldorf

Hans Lang

Isolde Künstler

Robert Greil

Thorsten Kuhrt

Entwurf als Diskussionsgrundlage für einen Beschluss des Gemeinderates von Iffeldorf zum TTIP

Beschluss:

Die Mitglieder des Gemeinderates der Gemeinde Iffeldorf lehnen das Abkommen zur „Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) in der momentan diskutierten Form ab. Dieses Abkommen könnte die Gestaltungsmöglichkeiten der Gemeinde nachhaltig einschränken und würde in erster Linie den Interessen von multinationalen Konzernen dienen. Das Abkommen stellt einen massiven Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung dar.

Die Gemeinde Iffeldorf wird diese ablehnende Haltung in geeigneter Weise gegenüber der Landes- und Bundesregierung sowie dem Europäischen Parlament deutlich machen. Die Gemeinde wird sich in den kommunalen Spitzenverbänden dafür einsetzen, dass diese sich weiterhin gegen den Abschluss bzw. die Ratifizierung derartiger Handelsverträge positionieren. Sie wird darüber hinaus ihre Möglichkeiten nutzen, die Öffentlichkeit über ihre ablehnende Haltung zu dem geplanten Handelsabkommen TTIP zu informieren.

Begründung:

Kommunale Organisationsfreiheit bei der Daseinsvorsorge, öffentliches Beschaffungswesen

Im TTIP wird geregelt, welche Dienstleistungen von den Städten und Gemeinden erbracht werden dürfen und welche dem Wettbewerb unterliegen müssen. Dies kann dazu führen, dass z.B. Bereiche wie Wasserversorgung, Bildung, Kultur oder Gesundheit verstärkt für Privatisierungen geöffnet werden könnten. Zudem wird die Bevorzugung regional tätiger Anbieter bei öffentlichen Aufträgen erschwert oder verhindert, dass von einem bestimmten Schwellenwert an Aufträge nicht nur EU-weit, sondern auch im Land des Vertragspartners ausgeschrieben werden müssen. Dadurch wird die Organisationsfreiheit der Kommunen drastisch eingeschränkt.

Daher fordert der Gemeinderat von Iffeldorf, dass die kommunale Daseinsvorsorge von den Marktzugangsverpflichtungen im TTIP ausgenommen wird.

Investorenschutz

Mit dem TTIP erhalten internationale Konzerne ein Sonderklagerecht gegen demokratisch legitimierte und rechtsstaatlich zustande gekommene Maßnahmen und Gesetze. Die Klagen werden vor privaten Schiedsgerichten verhandelt. Diese Schiedsgerichte stellen eine Paralleljustiz dar, welche grundlegende Prinzipien des Rechtsstaates unterläuft. Auch Beschlüsse von Gemeinden können Anlass für Schadensersatzforderung sein, welche die Entscheidungen der Gemeinden bereits im Vorfeld massiv beeinflussen könnten.

Daher fordert der Gemeinderat von Iffeldorf, dass auf spezielle Investitionsschutzregelungen verzichtet wird und die nationale Gerichtsbarkeit auch für Investoren aus Drittstaaten zuständig ist.

Demokratie und Transparenz

Die Verhandlungen zum TTIP Abkommen fanden und finden unter Ausschluss der Öffentlichkeit als Geheimverhandlungen statt. Dies entspricht nicht den demokratischen Standards. Aufgrund der umfassenden Auswirkungen eines solchen Abkommens für die Länder, Städte und Kommunen und alle Bürger besteht bereits im Rahmen der Verhandlung zum TTIP ein berechtigtes Interesse an einer Beteiligung der Öffentlichkeit und an Transparenz.

Daher fordert der Gemeinderat von Iffeldorf die Veröffentlichung aller Verhandlungsdokumente sowie die Einbeziehung der kommunalen Spitzenverbände in die weiteren Verhandlungen.